



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 12.01.2024

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 15. Januar 2024**

Fokusthema: **Bildung**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag zu Beginn der Sitzung sieben neue Kommissionsmitglieder wählen. Anschliessend steht die Abschreibung von fünf Postulaten an. Dazwischen (Traktanden 10 und 14) wird der Rat über Zustimmung oder Ablehnung zu zwei parlamentarischen Initiativen befinden – eine zu Stipendien, eine zu Tagesschulen. Bis zum Sitzungsende wird das Parlament danach versuchen, möglichst viele Vorstösse zu behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen.*

#### **Fünf Postulate sollen als erledigt abgeschrieben werden**

Keine langen Debatten dürften die Abschreibungen von fünf Postulaten auslösen – ausser vielleicht beim ersten Postulat, weil bei diesem die Abschreibung nicht einstimmig beantragt wird. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat, die Postulate abzuschreiben.

FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois hatte den Regierungsrat aufgefordert, zu prüfen, ob Kinder in Ausnahmefällen um ein halbes Jahr – statt wie heute um ein ganzes Jahr – vom Eintritt in den Kindergarten zurückgestellt werden können ([KR-Nr. 397/2018](#)). Die Mehrheit der KBIK hat sich der Haltung des Regierungsrates angeschlossen, der seine Ablehnung des Anliegens mit rechtlichen und finanziellen sowie pädagogischen und organisatorischen Argumenten begründete. Eine Minderheit (FDP, SVP) will am Anliegen festhalten und beantragt eine abweichende Stellungnahme.

Gemeinsam behandelt werden am Montag die Postulate zur Sprachförderung an den Zürcher Gymnasien von FDP-Kantonsrätin Barbara Franzen ([KR-Nr. 262/2019](#)) und zu Austausch, Mobilität und Fremdspracherwerb in der Berufsbildung von Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma ([KR-Nr. 91/2021](#)). Die Regierung hat die Forderungen erfüllt, und die seit 2020 bestehende Fachstelle Austausch und Mobilität in der Bildungsdirektion unterstützt die Anliegen in der Praxis.

Ebenfalls erfüllt hat der Regierungsrat mit einem ausführlichen Bericht zu Stand und Umsetzung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auf allen Schulstufen eine weitere Forderung von Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma ([5835](#)).

Dasselbe kann über das Postulat gesagt werden, mit dem FDP-Kantonsrat Dieter Kläy während der Corona-Pandemie gefordert hatte, Lernende dürften wegen wirtschaftlichen Einschränkungen nicht durch die Maschen fallen ([KR-Nr. 161/2021](#)). Der Regierungsrat hat aufgezeigt, dass im Kanton Zürich für Lernende generell sowie im Falle von Betriebsschliessungen und Konkursen im Besonderen ein breites Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Verfügung steht.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

## **Parlamentarische Initiativen zu Stipendien und Tagesschulen**

Ausführlich diskutiert werden dürfte am Montag über zwei parlamentarische Initiativen (PI) (Traktanden 10 und 14). Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, der geänderten PI von Grünen-Kantonsrätin Jasmin Pokerschnig zuzustimmen ([KR-Nr. 358/2020](#)). Diese verlangt eine Änderung des Bildungsgesetzes, damit neben den dem Kanton zugewiesenen anerkannten Flüchtlingen und staatenlosen Personen auch vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer Stipendien beantragen können, ohne die bisherige Wartefrist von fünf Jahren abwarten zu müssen. Damit können die integrativen Fördermassnahmen bei dieser Personengruppe ohne künstlichen zeitlichen Unterbruch zu einer Berufslehre oder zu einem Studium führen. Eine Kommissionsminderheit (SVP, FDP) lehnt die PI ab. Das Stipendienkonkordat der Kantone sehe die erwähnte Wartefrist vor und der Kanton Zürich solle keine Ausnahmeregelungen für einen bundesrechtlich geregelten Status für Flüchtlinge formulieren.

Mit 11 zu 4 Stimmen zur Ablehnung beantragt die KBIK die PI betreffend Zugang zu Tagesschulen ([KR-Nr. 367/2020](#)). Mit der PI verlangt FDP-Kantonsrätin Raffaella Fehr, der Zugang zu Tagesschulen sei in allen Gemeinden sicherzustellen. Falls eine Gemeinde selber keine Tagesschule betreibe, sei der Zugang zu einer solchen in einer anderen Gemeinde unter Übernahme der anfallenden Kosten zu garantieren. Die Mehrheit der Kommission wollte den Gemeinden keine solchen Vorgaben zur Organisation von Tagesschulen machen; dies insbesondere aus Respekt vor der Gemeindeautonomie und um der Forderung nach freier Schulwahl nicht Vorschub zu leisten. Die Minderheit (FDP, Grüne) möchte den Zugang zu Tagesschulen in allen Gemeinden im Sinne der PI garantiert haben.

Referent zu Stipendien: vormaliger KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36  
KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61  
Minderheit Stipendien: Paul von Euw (SVP, Bauma), 079 126 91 91  
Minderheit Tagesschulen: Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

## **Motionen zu Pflegefachpersonen und Berufsfachschulunterricht**

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat versuchen, möglichst viele der traktandierten Vorstösse zu behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Brigitte Rösli möchte mit einer ursprünglich von Altkantonsrätin Esther Straub eingereichten Motion, unterstützt von GLP, Grünen, Mitte und EVP, den Regierungsrat beauftragen, dem Kantonsrat eine gesetzliche Vorlage zu unterbreiten, mit welcher der Quereinstieg in eine Ausbildung zur dipl. Pflegefachperson HF attraktiv gemacht werden soll ([KR-Nr. 244/2021](#)). Und Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin der Grünen, stösst mit Unterstützung von SP, FDP und EVP eine Änderung des Gesetzes an, mit der die Kosten für den Berufsfachschulunterricht auch bei Repetierenden ohne Lehrvertrag vom Kanton übernommen werden können ([KR-Nr. 276/2021](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, die beiden Vorstösse entgegenzunehmen. Weil die SVP in beiden Fällen eine Diskussion darüber verlangt hat, wird über eine Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden.

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon), 079 753 83 45  
Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

## **Personelles:**

Gleich zu Beginn der Sitzung sind sieben Ersatzwahlen in Kommissionen vorgesehen. Dabei kommt es zu mehreren Rochaden. Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach) ersetzt Anita Borer in der GL ([KR-Nr. 1/2024](#)). In der FIKO geht der Sitz von Tobias Weidmann an Marc Bochsler (SVP, Wettswil)

([KR-Nr. 2/2024](#)) und Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach) übernimmt das Präsidium ([KR-Nr. 3/2024](#)). Für Marc Bochsler kommt neu Tobias Infortuna (SVP, Egg) in die KBIK ([KR-Nr. 4/2024](#)). Infortunas Sitz in der ABG wird mit Roger Cadonau (EDU, Wetzikon) besetzt ([KR-Nr. 5/2024](#)). Ruth Büchi (SVP, Elgg) erbt den Platz von Romaine Rogenmoser in der GPK ([KR-Nr. 6/2024](#)). Und Anita Borer (SVP, Uster) wird neu für Nina Fehr Düsel in der KJS Einsitz nehmen ([KR-Nr. 7/2024](#)). Die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:  
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12